© DPolG

Kommission Bereitschaftspolizei tagt in Berlin

Vom 7. bis zum 9. September dieses Jahres fand die Jahrestagung der Kommission Bereitschaftspolizei in Berlin statt. Für die ***DPolG Hamburg*** haben Andreas Reimer, Marc-Florian Sinn und Sebastian Lewandowski die Interessen der ***DPolG*** und der Bereitschaftspolizei vertreten. Am Ende der Veranstaltung konnte Andreas Reimer feststellen: „Es ist ein schwacher Trost, dass wohl alle Bereitschaftspolizeien in den Ländern unter den gleichen Problemen leiden. Aber wer die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten will, kommt an einer personellen Stärkung und optimalen Ausrüstung und Ausstattung nicht vorbei.“ Sebastian Lewandowski ergänzte dazu: „Wer einen Einsatzzug zur Unterstützung anfordert, muss auch einen Einsatzzug in voller Stärke bekommen. Es kann doch nicht sein, dass man in der länderübergreifenden Unterstützung zwei Einsatzzüge anfordern muss, um nach den geltenden Regelungen die Stärke eines Einsatzzuges zu erhalten.“

Wichtiger Austausch mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und Staatssekretär Christoph de Vries (CDU)

Die Mitglieder der Kommission Bereitschaftspolizeien der Länder und der Bundesbereitschaftspolizei konnten in direktem Austausch mit der politischen Spitze des Bundesinnenministeriums wichtige Anliegen der Bereitschaftspolizei, wie beispielsweise die defizitäre Finanzierung der Beschaffung von Fahrzeugen, an den Bundesminister herantragen. Dabei zeigte sich Bundesminister Dobrindt offen und wertschätzend gegenüber der Bereitschaftspolizei und sagte die Prüfung der Mittelzuweisungen, aber auch die eventuelle Nutzung anderer Finanztöpfe zu. Außerdem nahm der Minister die Empfehlung der Kommission auf, das Themenfeld Drohnenabwehr auf einheitliche Füße zu stellen und innerhalb der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zu behandeln. Gerade das Thema Drohnen war von großer Aktualität, nachdem in derselben Woche über Polen russische Drohnen abgeschossen werden mussten. Die Kommission wird seit Jahren durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ralf Kusterer und den Landesvorsitzenden aus Sachsen-Anhalt, Olaf Sendel, geführt. Seit drei Jahren tagt die Kommission regelmäßig in Berlin, um vor Ort in direkten Gesprächen mit der Politik oder aber auch dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen zu diskutieren. Parallel dazu erfolgt die gewerkschaftspolitische Begleitung bei den Forderungen nach Zulagen, Arbeitszeitvergütungen oder aber auch zum Einsatz der Kräfte im Rahmen der Kernkompetenz. Mit eingebunden sind auch die Ansprechpartner der ***DPolG Bundespolizeigewerkschaft***, die immer wieder deutlich machen, welche Herausforderungen in der Bundesbereitschaftspolizei bestehen – aktuell mit Dauereinsätzen an der Grenze, zu denen man in Hundertschafts- oder Abteilungsstärke jeweils in der Dauer von einer Woche oder auch mehr an die Grenze verlegt.

Der Landesvorstand

© Frank Riebow

Ein Roadtrip durch Deutschland

Einsatzbegleitung zum 35. Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken

© DPolG (2)

Der Fachbereichsvorsitzende der Schutzpolizei, Marc-Ulrich Schipper, und sein Stellvertreter Sebastian Lewandowski (LBP) folgten dem Unterstützungsaufruf des Landesverbandes Saarland anlässlich der Feierlichkeiten zum 35. Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken. Ziel war es, die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu begleiten und die ***DPolG*** vor Ort zu vertreten. Am 2. Oktober machten sich beide auf den weiten Weg nach Saarbrücken, um unter anderem auch die beiden Züge der LBP 6 im Einsatzraum aufzusuchen. Nach mehreren Hundert Kilometern Fahrt kamen sie am Abend in Saarbrücken an – um leider erfahren zu müssen, dass der Standort der Hamburger Kräfte noch mindestens eine weitere Autostunde entfernt lag und die Einheiten bereits am Morgen des 3. Oktober wieder abreisen sollten. Schweren Herzens musste daher auf einen persönlichen Besuch bei den Kolleginnen und Kollegen verzichtet werden. Marc und Sebastian ließen es sich dennoch nicht nehmen, den Kollegen ein kleines Zeichen der Verbundenheit mitzugeben. Sie sicherten ihnen ***DPolG***-Souvenirs in Form von Patches zu, die nach der Rückkehr in Hamburg persönlich an die Mitglieder der LBP 6 übergeben wurden.

Der 3. Oktober stand dann ganz im Zeichen der Einsatzbetreuung „nach Hamburger Art“

Mit yfood, Energieriegeln, Erfrischungsgetränken und kleinen Giveaways ausgestattet, machte sich das Betreuungsteam erneut auf in den Einsatzraum, um dort weitere Einsatzkräfte zu besuchen. Die Orientierung in der verwinkelten, großräumig abgesperrten Innenstadt Saarbrückens gestaltete sich zwar schwierig, doch mit Intuition und Hartnäckigkeit fanden Marc und Sebastian schließlich die Kolleginnen und Kollegen – und wurden mit vielen freundlichen Begegnungen und ehrlicher Dankbarkeit belohnt. Es war schön zu sehen, wie viel Freude schon kleine Gesten der Wertschätzung auslösen können. Beeindruckend war auch, wie unkompliziert und herzlich Polizistinnen und Polizisten aus ganz Deutschland miteinander ins Gespräch kommen – oft als würden sie sich schon lange kennen. In diesen Gesprächen zeigte sich einmal mehr, dass die Problemfelder überall ähnlich sind: Nachwuchsmangel, Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten, Krankenversicherung und Ausstattung beschäftigen die Polizei bundesweit. Am Abend ging es – erschöpft, aber zufrieden und mit vielen positiven Eindrücken – zurück zur Unterkunft. Der folgende Morgen begann früh, da der Rückweg nach Hamburg anstand und unterwegs noch der Grillanhänger der ***DPolG*** Bund in Köln/Bonn abgegeben werden musste. Begleitet wurden Marc und Sebastian während des gesamten Einsatzes vom Betreuungsteam der ***DPolG***, das in diesem Jahr aus insgesamt 20 engagierten Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bestand. Gemeinsam sorgten sie mit viel Engagement und Herzblut für Unterstützung, gute Stimmung und eine starke Verbundenheit unter den Einsatzkräften.

Fachbereich Schutzpolizei

Ruhestand: Hinzuverdienstgrenze

Beamtinnen und Beamte unterliegen nach ihrer Pensionierung, sofern sie aufgrund einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt wurden, einer Hinzuverdienstgrenze, wenn sie im Ruhestand arbeiten. Diese Hinzuverdienstgrenze gilt aktuell auch für alle Polizeibeamtinnen und -beamten, da für sie die besondere Regelaltersgrenze von 60 Jahren greift. Die Hinzuverdienstgrenze besteht bis zum Erreichen der regulären Altersgrenze von 67 Jahren. In Bremen hat der Landesgesetzgeber diese Begrenzung des Hinzuverdienstes abgeschafft. Wer in Bremen entsprechend der jeweiligen Altersgrenze in Pension geht, darf in der Höhe unbeschränkt dazuverdienen. Ob und wie sich Hamburg zukünftig aufstellt, ist noch unklar. Wir bleiben dran.

© Oliver Schinkmann

Hamburg-Zulage: 1.000 Beschäftigte beim Warnstreik

Landesvorsitzender Thomas Jungfer und Landesstreikleiter Martin Dumpich kämpfen für eine faire Hamburg-Zulage für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Von Martin Dumpich, Landesstreikleiter

Rund 1.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind dem Warnstreikaufruf des dbb Hamburg im dbb beamtenbund und tarifunion gefolgt und haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Die Hamburg-Zulage muss kommen – und zwar für alle Beschäftigten der Hansestadt! Vom Dammtor-Bahnhof zog der Demonstrationszug lautstark und geschlossen durch die Innenstadt bis zum Adolphsplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Mit dabei waren zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Begleitet von Musik, Trillerpfeifen und Transparenten war die Stimmung entschlossen und solidarisch.

Gerechtigkeit statt Zweiklassengesellschaft

Die Botschaft des Tages war eindeutig: Es darf keine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Stadt Hamburg geben. Steigende Lebenshaltungskosten und Mieten treffen alle gleichermaßen – deshalb ist es nur konsequent, wenn auch alle Beschäftigten von der Hamburg-Zulage profitieren. Gerade in einer Metropole mit hohen Miet- und Lebenshaltungskosten ist die finanzielle Entlastung dringend notwendig. Die Hamburg-Zulage wäre ein wichtiges Signal der Wertschätzung und zugleich ein Beitrag, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes langfristig zu sichern. Wer engagierte und qualifizierte Fachkräfte gewinnen und halten möchte, muss faire und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen schaffen. Mit ihrer starken Beteiligung hat die ***DPolG Hamburg*** eindrucksvoll gezeigt, dass die Forderung nach Gleichbehandlung nicht verhandelbar ist. Auf der Kundgebung wurde außerdem die Übertragung der Zulage auf alle Beamtinnen und Beamten gefordert – ein unmissverständliches Signal an den Arbeitgeber. In zahlreichen Redebeiträgen wurde betont, dass es höchste Zeit ist, den öffentlichen Dienst in Hamburg wieder als das zu würdigen, was er ist: das Rückgrat unserer Stadt. Ob in Verwaltung, Bildung, Sicherheit, Gesundheit oder Infrastruktur – ohne das Engagement dieser Menschen würde Hamburg stillstehen. Ein besonderer Dank gilt allen, die sich am Warnstreik beteiligt haben – ob im Demonstrationszug, in der Organisation oder durch ihre Unterstützung im Hintergrund. Jede Stimme, jedes Schild und jede Teilnahme haben dazu beigetragen, die Forderung nach fairer Bezahlung sichtbar zu machen. Unsere Haltung bleibt klar: gleiche Stadt – gleiche Kosten – gleiche Zulage für alle Beschäftigten! Am 16. Oktober 2025 startete die zweite Verhandlungsrunde. Die ***DPolG Hamburg*** wird die Gespräche aufmerksam begleiten – Ziel ist und bleibt eine faire, gerechte und zukunftsfähige Lösung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die ***DPolG*** steht solidarisch an der Seite aller Kolleginnen und Kollegen – für Gerechtigkeit, Wertschätzung und faire Bezahlung.

© DPolG Hamburg (4)

© Zoll

Sozialbetrug: Wie der Staat ausgeplündert wird

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Unter anderem Artikel 20 (1) Grundgesetz definiert den Staat, in dem wir leben wollen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Für soziale Sicherheit und ebenso für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und den zuständigen Gesetzgebern in Bund, Ländern und Kommunen.

> Finanzkontrolle Schwarzarbeit: Der Zoll hat in 2024 branchenübergreifend rund 50.000 Ordnungswidrigkeitenverfahren und 97.000 Strafverfahren eingeleitet. Dabei stellten die Zöllner im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen eine Schadenssumme von rund 766 Millionen Euro fest.

Soziale Sicherheit

Die gesetzliche Sozialversicherung soll Erwerbstätige und ihre Angehörigen gegen die wichtigsten Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Unfall und Altersfolgen absichern. Steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten regelhaft Menschen, die nicht arbeiten können, zu wenig verdienen oder anderweitig finanzieller Unterstützung bedürfen.

Soziale Gerechtigkeit

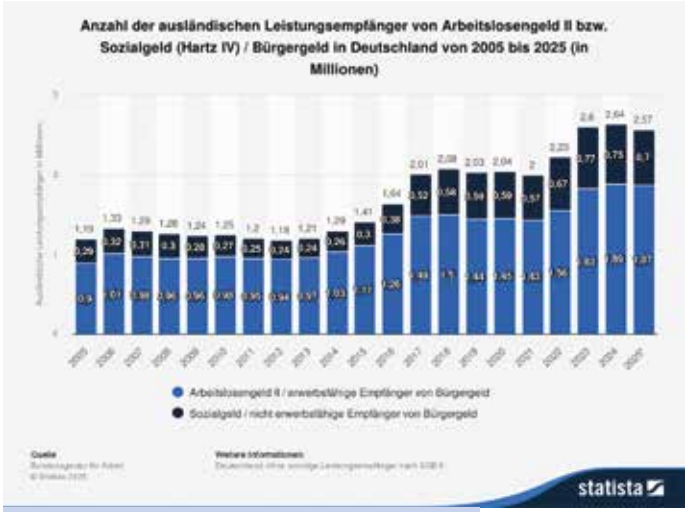
Alle Menschen sollen gleiche Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Bildung und Erziehung sind die wichtigsten Voraussetzungen, deshalb finanziert der Staat zum Beispiel Kitas, Schulen, Hochschulen und Universitäten.

Sozialleistungen sollen wirtschaftlich schwachen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Niemand soll ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Der Sozialstaat wird durch Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen und Steuern finanziert. Die gesetzlichen Sozialversicherungen haben dabei das Ziel, die größten Lebensrisiken finanziell abzusichern. Zusammenfassend formuliert: Sozialleistungen sollen bedürftigen Menschen in schwierigen und herausfordernden Lebenssituationen helfen. **Niemand soll aufgrund einer unverschuldeten Notlage oder aus gesundheitlichen Gründen verarmen und verelenden – das ist das Versprechen des Sozialstaats.**

Anspruch und Wirklichkeit

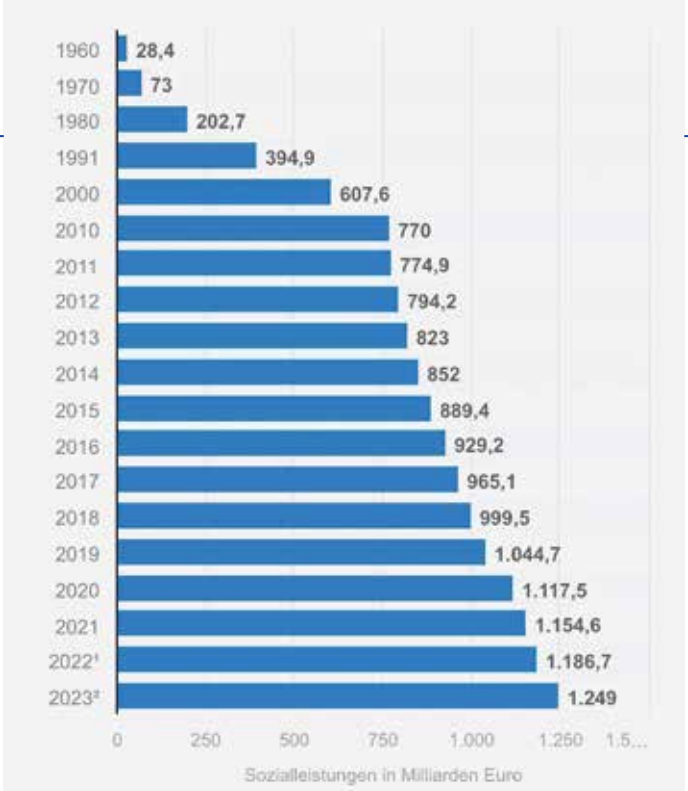
In Deutschland gibt es derzeit über 500 verschiedene Sozialleistungen. Zu diesem Ergebnis kommt ein neuer Forschungsbericht des ifo Instituts, der alle Sozialleistungen auf Bundesebene dokumentiert. Allein die Sozialgesetzbücher umfassen derzeit 3.246 Paragrafen, die sowohl die Sozialleistungen selbst als auch Regeln enthalten, die für ihre Umsetzung erforderlich sind. Hinzu kommen Gesetze, die weitere Leistungen begründen, wie beispielsweise das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz oder das Gesetz über die Familienpflegezeit. Als Sozialleistungen gelten

> Im Jahr 2025 bezogen in Deutschland bis Juni durchschnittlich rund 3,95 Millionen erwerbsfähige, circa 1,45 Millionen nicht erwerbsfähige und etwa 70.000 sonstige Leistungsberechtigte Bürgergeld beziehungsweise Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II. Insgesamt also ungefähr 5,47 Millionen Menschen.



> Im Jahr 2025 bezogen in Deutschland bis Juni durchschnittlich rund 1,87 Millionen erwerbsfähige und circa 700.000 nicht erwerbsfähige Ausländer Bürgergeld. Insgesamt also etwa 2,57 Millionen Menschen.

© Destatis (3)



Jedes Jahr veröffentlicht die Bundesregierung die Sozialausgaben Deutschlands, das sogenannte Sozialbudget. Insgesamt wurden für Sozialleistungen im Jahr 2023 rund 1,2 Billionen Euro ausgegeben.

dabei alle Dienstleistungen, Geldleistungen, Sachleistungen oder andere Hilfen, die zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit erbracht werden. Der deutsche Sozialstaat ist ein unübersichtliches, überbordendes Dickicht geworden, der sich einer gezielten Steuerung und Kontrolle zunehmend entzieht – nicht zuletzt ein Einfallstor für Sozialmissbrauch und Sozialbetrug. Die Kriminalität hat dieses Tor längst durchschritten und plündert den Sozialstaat, wo immer es möglich ist.

Sozialbetrug endlich effizient bekämpfen

Sozialleistungsmissbrauch und Sozialbetrug gibt es, seit es Sozialleistungen gibt. Heute erleben wir Sozialbetrug allerdings als Teil der Organisierten Kriminalität, grenzüberschreitend, international verflochten und mit einer hohen kriminellen Energie vorgehend. In letzter Zeit ist dieses Kriminalitätsphänomen richtigerweise, besser spät als nie, in den Fokus von Politik, Strafverfolgungsbehörden und Medien gerückt – denn so wie es aktuell läuft, kann und darf es nicht weitergehen. Ein Sozialstaat funktioniert dauerhaft nur, wenn die „Spielregeln“ eingehalten werden und die gesellschaftliche Akzeptanz für Sozialleistungen vorhanden ist. Aktuell ist Sozialbetrug an der Tagesordnung: von EU-Kindergeld bis Schwarzarbeit im Imbiss. Der Sozialstaat wird systematisch geplündert. Polizei, Jobcenter und Justiz laufen der Entwicklung hinterher – auch deshalb, weil sie sich oft nicht zuständig fühlen dürfen oder können.

Wie der Betrug funktioniert

Kindergeld für Geisterkinder – EU-Betrug mit System
Deutschland zahlt Kindergeld auch für im EU-Ausland lebende Kinder. Was als europäische Harmonisierung begann, ist inzwischen ein Geschäftsmodell für professionellen Betrug. Scheinanmeldungen, gefälschte Arbeitsverhältnisse, fiktive Nachkommen. Ganze Banden haben sich darauf spezialisiert, mit Pseudofamilien monatlich Tausende Euro abzugreifen. Die Kindergeldkasse zahlt oft über Jahre, bevor eine Taskforce überhaupt misstrauisch wird. In einigen Fällen wurden über 700.000 Euro erschlichen. Das Problem: Die Kindergeldstelle hat keinen Zugriff auf echte Melde- oder Schuldaten weder deutschlandweit noch aus dem Ausland – ohne behördenübergreifenden Datenabgleich bleibt der Betrug oft unsichtbar.

Wohnungsbetrug und Untervermietung – doppelt kassieren
In großen Städten floriert ein anderes Geschäftsmodell: Wer eine Sozialwohnung oder eine durch das Amt bezahlte Wohnung erhält, vermietet sie schwarz weiter. Das Amt zahlt brav Miete und Heizung, der „Mieter“ kassiert noch mal ab – bar. In einem Fall in NRW lebte eine Familie in einer Villa und bezog parallel monatlich über 5.000 Euro Sozialleistungen. Vermögen, Mieteinnahmen und Immobilienbesitz wurden verschwiegen. Das Dilemma: Jobcenter dürfen keine Hausbesuche erzwingen, Grundbücher werden kaum geprüft. Polizei wird erst aktiv, wenn ein Hinweis kommt. Kontrolle: Nulllage.

Schwarzarbeit neben Bürgergeld
4.000 Euro vom Amt, 3.000 Euro schwarz dazu – eine Kombination, die zu oft vorkommt. Der Staat bezahlt Unterkunft, Krankenkasse und Lebensunterhalt, während nebenbei steuerfrei gearbeitet wird. Besonders beliebt: Arbeit in Gastronomiebetrieben, die selbst mit „Null-Gewinn“ bilanziert werden und so aus dem Fokus des Finanzamts verschwinden. Der Staat zahlt, der Betrieb profitiert. Ein doppelter Schaden. Zwar melden Jobcenter jährlich Zehntausende Verdachtsfälle, doch Zoll und Finanzkontrolle sind personell heillos überfordert. Flächendeckende Überwachung? Ein Wunschtraum!

Missbrauch im Asylsystem – von Mehrfachidentitäten bis Hawala-Banken
In der Spitze der Flüchtlingswelle wurden Asylbewerber mit unterschiedlichen Identitäten mehrfach registriert. Bis zu zwölf Scheinidentitäten pro Person sorgten für Mehrfachzahlungen , die auch dadurch begünstigt werden, da kein daktyloskopischer Abgleich mit den Zahlungsempfängern bei den auszahlenden Behörden erfolgt, um Mehrfachzahlungen zu verhindern. Viele dieser Betrüger tauchten unter, bevor sie entdeckt wurden. Noch gravierender: Netzwerke organisierten über sogenannte Hawala-Systeme Geldtransfers in Millionenhöhe – während sie gleichzeitig Sozialleistungen und Kindergeld bezogen. Erkannt wurden diese Fälle oft per Zufall oder bei Ermittlungen wegen anderer Delikte. Eigenständige Sozialbetrugsfahndung? Fehlanzeige! Der Sozialstaat wird von Kriminellen systematisch ausgeplündert. Die derzeitige Struktur aus parallelen Zuständigkeiten, schwacher Kontrolle und fehlender Transparenz spielt Betrügern in die Hände. Wenn Polizei, Justiz und Verwaltung nicht endlich gemeinsam handeln, ist diese Entwicklung nicht aufzuhalten.

Behörden und Ämter müssen auf allen staatlichen Ebenen endlich in die Lage versetzt und zugleich verpflichtet werden, miteinander zu kommunizieren, Daten abzugleichen, „rote Flaggen“ zu setzen, Personen vorzuladen sowie Nachweise zu verlangen, die für den Erhalt einer Sozialleistung zwingend notwendig sind. Die regelmäßige Prüfung der Bedürftigkeit muss obligatorisch sein, wenn die Sozialleistung als berechtigt gewährt wird. Die Politik muss endlich Mut beweisen! Personalmangel und Ressourcenknappheit dürfen nicht als Ausrede herhalten. Ein guter Ansatz ist zum Beispiel das Projekt „MISSIMO“ aus NRW, indem Polizei, Justiz, Familienkasse, Jobcenter und Zoll gemeinsam gegen den Sozialbetrug agieren. Aber auch dort bedarf es noch eines besseren und intensiveren Datenaustausches zwischen den Akteuren. In Hamburg hat sich die Polizei auf den Weg gemacht, es ist an der Zeit, dass andere Behörden und Ämter folgen.

Weichen für die Zukunft gestellt

© JUNGE POLIZEI (2)

an der Vorbereitung des 27. Landeskongresses der ***DPolG Hamburg*** gearbeitet. Bei anhaltend guter Stimmung und konstruktiver Atmosphäre wurde zum Abschluss gegrillt und weiter „genetzwerkt“. Das war erneut eine gelungene Tagung der JUNGEN POLIZEI, bei der die Weichen für eine starke und zukunftsorientierte Arbeit gestellt wurden. Wir bleiben dran!

#DPolGDeinetwegen

JUNGE POLIZEI
DIE NACHWUCHSORGANISATION DER DPOLG IM DBB

Anfang Oktober traf sich die JUNGE POLIZEI der ***DPolG Hamburg*** zu einer ganztägigen Klausurtagung in den Räumlichkeiten unserer Geschäftsstelle. Die engagierten 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besprachen zentrale Themen, die für die künftige Gewerkschaftsarbeit relevant sind und neue Impulse setzen sollen.

Landesjugendleiter Nicholas Kriegk hatte eine abwechslungsreiche Tagesordnung entwickelt. Auf dem Programm standen daher unter anderem die Strukturen und der Aufbau der ***DPolG*** auf Bundes- und Landesebene, die Rolle und Aufgaben der JUNGEN POLIZEI sowie die Präsentation unserer Gewerkschaft im Rahmen der Klassenvorstellungen.

In mehreren Workshop-Modulen wurden dann Strategien zur Mitgliedergewinnung und aktiven Mitarbeit behandelt. Zudem wurde

© DVR

+++ Termine +++

Bildungsurlaub: Vlotho-Seminar 2026

Das nächste Vlotho-Seminar findet vom 18. bis zum 22. Mai 2026 statt. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich bereits jetzt anmelden und einen der begehrten Plätze sichern. Das vielfältige Programm umfasst unter anderem die innere und äußere Sicherheit in Europa, EU-Recht, Organisierte Kriminalität, Schleuserkriminalität und Migration, Medien und Kommunikation, hybride Bedrohungen, Zollkriminalität, Gegenwarts- und Zukunftsfragen sowie Wirtschaftspolitik in Deutschland, der EU und in der Welt.

© Pixabay

Programm

Montag, 18. Mai:

- Anreise und Vorstellung, vertiefte thematische Einführung, Verteidigung gegen hybride Bedrohungen – Nationale Sicherheitsstrategie, Referent: Michael Lange, Bundeswehr

Dienstag, 19. Mai:

- Fahrt nach Düsseldorf, Führung im Landtag NRW, Fachgespräch zur inneren Sicherheit mit MdL Christian Dahm (SPD)

Mittwoch, 20. Mai:

- Krisenkommunikation in der EU, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz am Beispiel NRW, Referent: Sven Möllenbrink, DRK NRW

Donnerstag, 21. Mai:

- Schleuserkriminalität, Migration und Sicherheit in der EU, Referent: Thomas Schult, PP Mannheim
- Sicherheit in Deutschland – Aufgaben des Zollkriminalamts, Referent: Lothar Welczis, Zollkriminalamt Köln

Freitag, 22. Mai:

- Wirtschaft in Deutschland, der EU und der Welt in Krisenzeiten, Referent: Dr. Gerhard Schüsselbauer

Der Preis für Unterkunft (Einzelzimmer) und Vollverpflegung beträgt 270 Euro.

Anmeldungen ausschließlich via E-Mail an: martina.karner@gesw.de

Veranstalter ist das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho.

Weiterführende Informationen: www.ge**sw.de**

27. DPOLG-LANDESKONGRESS
6. UND 7. NOVEMBER 2025

Am 6. November startete unsere ***DPolG***-Videokampagne „Der Mensch neben Dir“. Das Video ist seitdem auf den Social-Media-Kanälen der ***DPolG Hamburg*** präsent.

Aber nicht nur dort: Vom 6. bis zum 12. November ist der Spot auch in ausgewählten Hamburger Kinos zu sehen, und zwar in den Multiplex-Kinos Cinemaxx Dammtor, Cinemaxx Harburg und Cinemaxx Wandsbek, im Kinopolis (HafenCity), im UCI Mundsburg – immer im jeweils größten Saal – sowie in der Astor Lounge (HafenCity), im Blankeneser Kino und im Magazin Winterhude. Macht gerne Fotos, teilt sie auf Social Media und markiert @dpolghh. Danke und viel Spaß!

#DPolGDeinetwegen #DerMenschnebenDir

#FREIHEIT #DEMOKRA
#SICHERHEIT
FÜR DICH. FÜR UNS. FÜR ALLE.

DPolG Deinetwegen!

#dpolghhlako25
#DerMenschnebenDir

DPolG Hamburg im DBB
Holzdamm 18
20099 Hamburg
www.dpolg-hh.de

Neu: Beihilfe-App „dBeihilfePlus“

Seit dem 1. November dieses Jahres steht die neue App „dBeihilfePlus“ für die digitale Einreichung der Beihilfe bereit. Die bisherige App „Meine Arztrechnung“ kann noch bis zum 31. Dezember 2025 genutzt werden. Weiterführende Informationen sind online auf der Homepage des Personalamtes beziehungsweise der Beihilfe zu finden. Aus der App „Meine Arztrechnung“ werden keine Belege oder Anträge in die neue Beihilfe-App „dBeihilfePlus“ übernommen. Insoweit sollten alle in „Meine Arztrechnung“ erfassten Belege bis zum 31. Dezember 2025 bei der Beihilfestelle eingereicht werden. Alle Beihilfeberechtigten können die neue App „dBeihilfePlus“ sofort nutzen. Die App wurde von Dataport entwickelt und steht in den App-Stores zum Download bereit.

© Screenshot/Personalamt

Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats

+++ Termine +++

Jahrestreffen der Senioren (Weihnachtsfeier)

© Pixabay

WANN?
Mittwoch, 10. Dezember 2025, ab 14 Uhr

WO?
DPolG-Geschäftsstelle, Holzdamm 18

... und sonst?: Glühwein und Grillen stehen auch auf der Tagesordnung.

Bitte meldet euch bevorzugt per E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder telefonisch in der Geschäftsstelle unter Telefon 040.2540260 an. Jetzt anmelden!

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10

E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr, Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos:
Frank Riebow, Oliver Schinkmann, DPolG Hamburg

ISSN 0723-2230

Hinweis – Save the date

Personalversammlung 2025

Die diesjährige Personalversammlung der Polizei findet am Donnerstag, dem 20. November 2025, um 9 Uhr (Einlass: 8 Uhr), im Congress Center Hamburg, Congressplatz 1, statt. Der Präses der Behörde für Inneres und Sport (BIS), Senator Andy Grote (SPD), wurde zur Veranstaltung eingeladen und hat seine Teilnahme zugesagt.

©jokatoons/Fotolia.com